

Kommunalwahlprogramm 2014 für Schweinfurt

Global denken, lokal handeln: Für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung!

Gemäß der Ziele der Uno-Konferenz von Rio 1992, die weltweit einen schonenden Umgang mit natürlichen Bodenschätzen, Wasser und Energie für die heutige und zukünftige Generationen fordern, versuchen wir menschliches Miteinander sowie wirtschaftliche und ökologische Prozesse in unserer Stadt und Region nachhaltig zu gestalten.

„Nachhaltig“ ist für uns ein Maß, das bei jeder Maßnahme angelegt wird und prüft, ob ihre Lasten nicht unsere Möglichkeiten übersteigen und deshalb auf dem Rücken anderer abgewälzt werden. Scheint dies unvermeidbar, müssen die Lasten zumindest ausgeglichen werden.

Unser Programm zeigt konkrete Schritte zu einem nachhaltig lebenswerten Schweinfurt.

Auf dem Weg dahin sehen wir folgende Entwicklungstrends für Schweinfurt (vergleiche Veröffentlichungen der Lokalen Agenda 21):

- die Einwohnerzahlen gehen zurück
- das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt, die Zahl der Kinder und Jugendlichen geht zurück
- trotz Sanierungsmaßnahmen ist die Innenstadt für BewohnerInnen und Geschäftsleute zu wenig attraktiv
- Großindustrie und Gewerbebetriebe bauen Arbeitsplätze ab
- die anstehende Konversion bietet besondere Möglichkeiten, aber auch Risiken

Wir schließen daraus:

- Ökologisch sind Flächen- und Ressourcenverbrauch regional zu betrachten, der Wohnungsmarkt gemeindeübergreifend gesehen werden. Wir streben mehr Kooperation zwischen der Stadt, den Gemeinden und dem Landkreis für eine gute gemeinsame Entwicklung an.
- Das Wohnen in der Stadt muss attraktiver werden: durch weitere Sanierungen, Hilfestellung für Energiesparen in Altbauten, begrünte Freiräume in Wohnungsnähe, Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Eine Zersiedelung der Landschaft ist zu vermeiden.
- Willkommenskultur: Die Integration von MigrantInnen soll verbessert werden. Die Studierenden des i-Campus der FH sollen in das Leben der Stadt aktiv einbezogen werden.
- Regional sind Handwerk, Dienstleistungen und mittelständische Betriebe weiterhin verstärkt zu fördern, zugunsten erhöhter Lebensqualität, Arbeitsplatzert halt und mehr Stabilität in Zeiten der Globalisierung.
- Unsere Stadt verfügt über eine ausgezeichnete Kulturlandschaft, alle SchweinfurterInnen sollten daran teilhaben können
- Jede Gemeinde hat die Pflicht, sparsam zu wirtschaften. Daher sind die VerbraucherInnen je nach ihrem Nutzen auch an den Kosten zu beteiligen.
- Kommunale Schulden sind möglichst zu vermeiden, um den nächsten Generationen Handlungsspielräume zu lassen. Wir vertreten nachdrücklich das Subsidiaritätsprinzip, d.h. was auf unterer Ebene (Stadt, Verein, Familie) geleistet werden kann, soll dort belassen bleiben.

- Bei Großprojekten der Stadt fordern wir eine frühzeitige Information und Einbeziehung der BürgerInnen. Die Notwendigkeit dieser Forderung zeigt das Beispiel „Gaskraftwerk“.

Teil 1: Umwelt- und Landschaftsschutz

Die bisherige Landnutzung durch Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Verkehr belastet stark Gewässer und Böden. Wir fordern deshalb von der Stadt besondere Anstrengungen, um Schäden für Mensch und Natur zu beheben und zu vermeiden.

Die seit Jahren erhobenen Nachhaltigkeitsindikatoren sind weiter fortzuschreiben. So können Effekte von Maßnahmen kontrolliert, bewertet und berücksichtigt werden. Die Umweltberichte sind verstärkt im Verwaltungshandeln einzubeziehen (Lokale Agenda 21).

Die grünen Inseln der Stadt vom Motherwell-Park über den Châteaudun-Park, einen zu vergrößernden Spitalsee-Park, einen neuen West-Park bis zum Werngrund sind zu sichern und durch begrünte Straßenzüge in einem „Grünen Band“ zu verbinden (Referenz: Berichte der Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21). Wenn der Volksfestplatz im Rahmen der Konversion verlegt werden soll, dann sollte er (kostengünstig!) nicht auf zu versiegelndes Grün, sondern auf bereits versiegeltes Gebiet im Norden der Ledward Barracks (bestehende Motorpools) verlegt werden.

Der Grüngürtel am Main soll vom Straßenverkehr unbelastet erhalten bleiben. Die Uferstraße darf nicht weitergeführt werden.

Die Wälder im Randbereich der Stadt sind zu schützen und erhalten.

Der alte Mainarm soll von der Oberen Wehr über das Schwarze Loch, den Sennfelder See zum Saumain für Fische durchquerbar werden. Die wenig taugliche Fischtreppe an der Staustufe soll erneuert werden.

Nach dem Vorbild der Gemeinde Schwebheim fördern wir ökologische Flurbereinigungen. So können mit der Vernetzung von Biotopen (z.B. Feldhecken) die Schäden an unserer Umwelt behoben werden. Auf dem Gebiet der Stadt Schweinfurt soll auf den Ackerflächen westlich des Bergl die Vernetzung zum Werngrund fortgesetzt werden.

Landschafts- und wasserschonende Bodenbearbeitung sowie artgerechte Tierhaltung sind im ökologischen Landbau am besten gewährleistet. Deshalb wollen wir die Direktvermarktung ökologischer Produkte fördern. Ebenso sollen PächterInnen von Grundstücken der Stadt oder der Hospitalstiftung für die Umstellung auf ökologische Methoden gewonnen werden.

Die Trinkwasserprobleme unserer Region können nicht durch fortschreitende Anschlüsse an das Fernsystem gelöst werden. Wir fordern die dezentrale Trinkwassergewinnung, d.h. Erhalt und Sanierung der örtlichen Brunnen und Wassernetze auch im Gebiet der innerstädtischen Konversionsflächen und die Erweiterung der Trinkwasserschutzgebiete. Wir wollen den Bau von Regenwasser-Zisternen fördern, um nicht jedes Wasser aufwendig zu reinigen und zu transportieren. Im Benehmen mit dem Kreis sollen im Rahmen der Konversion Wasserwerk und Brunnen der Conn Barracks an das bestehende Trinkwassernetz angeschlossen werden.

Speziell in Schweinfurt soll das von Altlasten im alten Mainbogen am Steinach verunreinigte Grundwasser in einer wieder zu schaffenden Reihe von Tümpeln wenigstens teilweise durch die natürliche UV-Strahlung entgiftet werden. Die 1996 abschließend verfüllte Sperrmüll- und Bauschuttdeponie ist schrittweise zu rekultivieren und als naturnahe Landschaft den Bürgern zur Erholung zurückzugeben.

Teil 2: Wirtschaft, Arbeit, Energieversorgung

Als Handlungsgrundlage fordern wir – so wie bisher! – die Erstellung eines Energiekonzepts und eines Energie-Fahrplans der Stadt Schweinfurt, denn nur so können systematisch bei jedem Projekt der Stadt Schweinfurt optimale Ergebnisse bezüglich Ökologie und Nachhaltigkeit erzielt werden. Dies betrifft den Neu- und Umbau von Gebäuden, aber auch Bebauungs- und Verkehrspläne sowie die Industrie (z B Umweltberichte und deren Konsequenzen). Im Energiekonzept ist auch festzuschreiben, dass Projekte, die von der Stadt gefördert werden sollen, die Anforderungen aus Energie-Konzept und –Fahrplan erfüllen müssen.

Dies betrifft Umwelttechnik, Gebäudesanierung, Energieeinsparmodelle usw, kurz: eine energieeffiziente Stadt.

Schweinfurt soll die Energiewende weg von fossilen und nuklearen Brennstoffen hin zu einer wirtschaftlichen Versorgung mit 100% regenerativer Energie nicht nur überstehen, sondern eine führende Rolle dabei einnehmen.

Photovoltaik gehört auf jedes geeignete Dach, die Kommune sollte dies nach ihren Kräften fördern. Insbesondere auf geeigneten Dächern kommunaler Gebäude (Stadt und SWG) sind Solaranlagen zu bauen – entweder in Regie der Stadt, oder als aktives Angebot der Stadt an bestehende Bürgerinitiativen (z.B. Bürgersolar Schweinfurt).

Das Schweinfurter Fernwärmenetz sollte weiter ausgebaut werden und insbesondere auch bei städtischen Einrichtungen genutzt werden.

Ein weiteres kleines Beispiel zur wirtschaftlichen Energienutzung ist der eingebrachte Antrag der Grünen zum Einsatz von LED/OLED mit adaptivem Licht in der Straßenbeleuchtung zu Energieeinsparung und Vermeidung von Lichtmüll.

Auf kommunaler Ebene wollen wir vorrangig Arbeitsplätze sichern und neue, zukunftssichere, sozial und ökologisch sinnvolle Arbeitsplätze schaffen. Dazu müssen Forschungs- und Bildungseinrichtungen nach Schweinfurt gebracht werden. Sie werden am stärksten den "Standort Schweinfurt" auf und können über Kooperationen mit Schweinfurter Betrieben die Arbeitsplätze sichern. Die Forschungseinrichtungen bieten zudem sofort selbst neue Arbeitsplätze und können weitere Niederlassungen kooperationswilliger Firmen nachziehen. Den Aufbau internationaler Studiengänge der FH soll die Stadt nach Kräften fördern.

Schweinfurt hat forschende und entwickelnde Industrie im Sektor „green tech“ (regenerative Energie, Umwelttechnik). Umwelttechnologie ist eine große Chance für Schweinfurt, insbesondere auch in Hinsicht auf den i-Campus, der im Rahmen der Konversion auf dem Gelände der Ledward Barracks geplant ist. Die Stadt sollte sich darum bemühen, dass aufgrund ihrer guten Ausgangsbedingungen (s.u.) ein möglichst großer Teil des i-Campus der Fachhochschule Würzburg/Schweinfurt in Schweinfurt angesiedelt wird. Der i-Campus sollte soweit wie technisch möglich als Null-Emissions-Campus geplant werden, mit Förderung durch das Europäische Insti-

tut für Energieforschung und das KfW-Förderprogramm für die Sanierung von Gebäuden.

- Als Vorbild für eine solche gelungene Konversion kann das Umwelt-Campus Birkenfeld (UCB; Standort der Hochschule Trier) dienen; auch dieses entstand 1996 im Rahmen der Konversion nach Abzug der US-Armee und hat jetzt 55 Professoren und 2700 Studierende in den Fachbereichen Umweltplanung, Umwelttechnik, Umweltwirtschaft, Umweltrecht.

In Schweinfurt können aufgrund der bestehenden Industrie die im i-Campus erarbeiteten Konzepte einer nachhaltigen Entwicklung auch vor Ort umgesetzt werden. Schweinfurt gewinnt so an Attraktivität für Konzepte, Masterpläne, Machbarkeitsstudien, Durchführung von EU- und Bundesforschungsprojekten, Konferenzen, Mittelbeschaffung, Vernetzung.

Die Attraktivität des i-Campus für Studenten und ProfessorInnen kann erhöht werden durch

- gleichzeitig auszuweisende nahegelegene neue bzw. unlängst sanierte Wohnmöglichkeiten (Yorktown Village, Askren Manor)
- umliegende Sport- und Event-Möglichkeiten (s.u.)
- Aufwertung der nördlichen Flächenteile der Ledward Barracks zusammen mit der angrenzenden Kleingartenanlage mit einem neuen West-Park, z.B. im Rahmen einer Landesgartenschau.

Nicht nur im Rahmen des i-Campus wäre – falls von der Schweinfurter Großindustrie unterstützt - auch eine duale Hochschule denkbar. Wir würden einen von Stadt, Industrie und Verbänden zu bildenden Förderverein unterstützen, um ein technisches Forschungsinstitut der Fraunhofer-Gesellschaft in Schweinfurt anzusiedeln.

Im Rahmen des i-Campus wäre aufgrund der zahlreichen umliegenden Sportanlagen auch ein Stützpunkt für Leistungssport denkbar.

Weil wir bereits bei der Gewerbe- und Industrieansiedlung der Stadt im Maintal lieber eine kooperative Lösung mit Umlandgemeinden gewünscht hatten, um finanzielle Belastungen und ökologische Eingriffe zu mindern, stehen wir auch zu einer gemeinsamen Vermarktung der Flächen auf den Conn Barracks.

Wir unterstützen die schwierige An- und Umsiedlungspolitik im Maintal, wenn sie wie bisher eine hohe Arbeitsplatzdichte (mindestens 70 Arbeitsplätze pro Hektar) erreicht. Werden entsprechende Flächen verkauft, sind eventuelle Fernwärmeanschlüsse, schadstoffmindernde sowie ÖPNV-fördernde Maßnahmen vertraglich zu vereinbaren. Unternehmen, die die Umwelt stark belasten, sind auf ein Mindestmaß zu begrenzen, ggf. auch abzulehnen.

Energiewende Schweinfurt: Die Konversion des Brönnhof-Geländes bietet der Stadt Schweinfurt und deren Umlandgemeinden die einmalige und wohl nicht wiederkehrende Chance, aus eigener Kraft mit eigenen Arbeitsplätzen eine ökonomisch lohnende „Energiewende Schweinfurt“ zu schaffen. Das Brönnhof-Gelände ist dazu geeignet, zusammen mit dem Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt (GKS) eine wirtschaftliche Energieversorgung von Stadt und Nahumgebung Schweinfurt aus regenerativen Energien zu sichern.

Konkret anzustreben ist ein Energie-Mix von etwa 50% Windenergie, 30% Solarenergie und 20% Energie aus einer starken additiven Wärmequelle (GKS, Biokohle). Für die angestrebte Windenergie reicht das Brönnhof-Gelände aus, ebenso für die zusätzlich zum Bestand nötigen Solar-Kapazitäten. Solaranlagen auf dem Brönnhof sind bei den gegebenen Boden- und Klimaverhältnissen gut kompatibel mit einer extensiven landwirtschaftlichen Nutzung auch der Solaranlagen-Flächen selbst; Nut-

zung ist hier möglich als Kurzumtriebsplantage oder als Biodiversitäts-Gebiet (Naturschutzwiesen, Orchideenwiesen). Die nötige technische Infrastruktur und große elektrochemische Energie-Speicher können auf den bestehenden versiegelten Flächen des Brönnhofs (Bunker) erstellt werden; eine Anbindung für Lastverkehr und auch eine Anbindung mit einer Starkstromleitung sind ebenfalls bereits vorhanden. Die Anlagen widersprechen nicht dem angestrebten schonenden Umgang mit der Konversionsfläche am Brönnhof. Freizeit- und wirtschaftliche Nutzung im Einklang mit dem Naturschutz unter Ausweisung umfangreicher Naturschutzgebiete sind dadurch sicherzustellen, dass vor weiteren Entscheidungen über die Verwendung des Brönnhof-Geländes eine naturschutzfachliche Beurteilung stattfindet und in die weiteren Planungen eingeht.

Als Wärmequelle ist das GKS zu erhalten, der Brennstoff ist aber so bald wie möglich von Import-Steinkohle (Kosten: 22 €/MWh) auf Biokohle (Kosten: 8 €/MWh) umzustellen. Biokohle entsteht (durch hydrothermale Carbonisierung) aus Biomasse (z.B. Inhalt der Biotonne), Klärschlamm, landwirtschaftlichem Abfall, z.B. auch Biomasse aus Pflege und Erhalt der Brönnhof-Vegetation. Insbesondere in den innerstädtischen Konversionsgebieten ist das Fernwärmesystem zu erhalten. Von dieser vorgeschlagenen „Energiewende Schweinfurt“ werden nachhaltig Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen, die Schweinfurter Industrie (Wälzlager für Windkraft; Photovoltaik; Blockheizkraftwerke) erhält zusätzliche Chancen vor der Haustür. Die Finanzierung der Energiewende Schweinfurt sollte getragen werden durch Beteiligung von Industrie, öffentlicher Hand und BürgerInnen (z.B. Bürgersolar Schweinfurt).

Förderungswürdige Produkte aus der Region, z.B. Blockheizkraftwerke, sollen selbstverständlich auch in kommunalen Einrichtungen eingesetzt werden, damit mit ihnen geworben werden kann.

Die Stadt hat dem Investor PQ Energy (Tochter des Hedgefonds Blackstone) vertraglich ein Vorrecht eingeräumt, im Maintal ein Gaskraftwerk zu errichten. Dies Gaskraftwerk ist als Reservekraftwerk nicht rentabel führbar (mehrere modernste Gaskraftwerke, z.B. Irsching, sind derzeit wegen mangelnder Rentabilität außer Betrieb). Der Investor baut offensichtlich massiv auf staatliche Subventionen (unser aller Geld!), die entstehende Zahl an Arbeitsplätzen ist bei Errichtung und Betrieb gering, und was die Abhängigkeit von Gas-Lieferungen aus Russland anbelangt, sollten die wiederholten Probleme der Ukraine eine Warnung sein. Das Gaskraftwerk ist im Rahmen der von uns vorgeschlagenen Energiewende Schweinfurt nicht sinnvoll. Wir lehnen den Bau von Reserve-Gaskraftwerken nicht generell ab, aber den Bau dieses Gaskraftwerks in der geplanten Größe können wir nicht befürworten.

Event-Zentrum: die Stadthalle ist zu klein, zu zentral und zu renovierungsbedürftig für größere Veranstaltungen. Die Grünen befürworten den Umbau der doppelt so großen, mit ÖPNV angebundenen und durch einen Grüngürtel schall-isolierten Bowling-Halle in den Kessler Fields zum Eventzentrum Schweinfurt. Die benachbarte Großturnhalle sollte als solche und für größere sportliche Ereignisse weitergenutzt werden.

Im nördlichen Teil von Askren Manor, der vom Verkehrslärm stark belastet ist, sollten Photovoltaik-Anlagen entlang der Straße entstehen.

Wir setzen uns für einen zu schaffenden regionalen "Umwelt-Preis" ein. Er soll in der Region kreative Ansätze ökologischer Produktentwicklungen und des Umweltschutzes fördern.

Bei allen kommunalen Ausschreibungen sollen ökologische und umweltschützende Kriterien besonders berücksichtigt werden. Aufträge sollen bevorzugt an Betriebe aus der Region vergeben werden, die besonders Frauen fördern, alle ihre Leistungen mit tariflich bezahlten Arbeitskräften erbringen (möglichst keine Werkverträge oder Zeitarbeitsverträge), den ökologischen Wandel vorantreiben und nachweislich Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantien geben.

Die Stadt ist mit ihrer Verwaltung und ihren Betrieben eine bedeutende regionale Arbeitgeberin. Wir wollen flexiblere Arbeitszeiten und Arbeitsplatzteilung bis in höchste Stellen fördern. Die Stadt sollte anstreben, bei ihren Einstellungen bei gleicher Qualifikation Migranten, Frauen und Menschen mit Behinderungen so zu berücksichtigen, dass sie in den städtischen Arbeitsplätzen den gleichen Anteil einnehmen wie in der Bevölkerung.

Das Arbeits-Förderungs-Zentrum Schweinfurt e.V. (AFZ) und andere Einrichtungen qualifizieren auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen. Sie sollen weitergefördert werden.

Initiativen gegen die Wegwerf-Mentalität sind zu unterstützen, sei es als Kleingeschäft (Tauschbörse, repair café), Hol-und Bringe-Tag oder internet-Seite.

Teil 3: Wohnen

Wohnen in der Stadt muss attraktiver werden.

Wir unterstützen die Sanierungen in der Altstadt und Oberndorf. Daneben sind aber auch außerhalb dieser Gebiete die EigentümerInnen bei der Wärmedämmung ihrer Altbauten und Nutzung der Sonnenenergie zu beraten. Baulücken sind zu schließen, kompletter Leerstand zu vermeiden.

Die zahlreich leerstehenden Wohnungen in der Altstadt sollten wieder bewohnt werden, damit die Altstadt nachhaltig lebendiger wird. Dazu müssen auch Anwohnersammelgaragen (wie z.B. in der Krumpfen Gasse) angelegt werden. Da etliche Geschäfte in der Altstadt leer stehen, ist eine Mietprelsbremse in der Altstadt nicht nur für Wohnungen, sondern auch für Geschäfte zu prüfen.

Die nördliche Innenstadt bietet wenig begrünte Freiräume in Wohnungsnähe. Nicht jedem abgerissenen Gebäude braucht ein neues zu folgen. Schrittweise soll das vorgeschlagene „Grüne Band“, zusammen mit geringeren Verkehrsbelastungen, die Wohnqualität steigern.

Askren Manor muss zuallererst bezüglich Asbest und Altlasten geprüft werden. Wenn die diesbezüglichen Ergebnisse vorliegen und keine Belastungen vorliegen, dann muss zeitnah der Bedarf an günstigem Wohnraum (junge Familien, sozialer Wohnungsbau; Studentenwohnplätzen; besondere Wohnformen) respektive der Bedarf an Bauplätzen für Einfamilienhäuser mit Gärten und öffentlichem Grün abgeschätzt werden. Aus dieser Abschätzung ergibt sich, ob und wieviel der vorhandenen Baubsubstanz zu erhalten, respektive abzureißen und nach dem Vorschlag der AG Konversion der Lokalen Agenda 21 mit einer Grundflächenzahl von 0,15 bis 0,25 für das Gebiet als Bauplatz anzubieten ist. Wenn die Stadt den neuen Messeplatz auf das Kasernengelände verlegt, kann auch der alte Messeplatz für gutes Wohnen im Grü-

nen genutzt werden. In jedem Fall aber sollten die Areale reichen, um keine weiteren Bauplätze im Grünen auszuweisen (wie z.B. Kessler Fields im Konversionsgutachten der Bulwien-Gesa).

Der Bedarf von FH und i-Campus werden nur einen Teil der Ledward Barracks beanspruchen. Der Gesamtbereich der Ledward Barracks ist altlastenverdächtig und muss geprüft, ggf. saniert werden. Unter Berücksichtigung dessen sollten folgende weiteren Empfehlungen des Konversionsgutachtens weiterverfolgt werden: Einrichtung eines Handwerkerhofs mit bedarfsgerechten, eher kleineren Einzelparzellen; Nutzung als Gewerberäume (Atelier, Ton, Film); Einrichtung eines überregionalen Katastrophenschutzentrums (dies wohl eher in den westlichen Anteilen Richtung Hainig; das Rote Kreuz hat Interesse bekundet).

Alten- und behindertengerechte Wohnungen sollen über die Stadt verstreut den Betroffenen in ihrem gewohnten Stadtteil das Bleiben erleichtern.

Bebauungspläne sind ökologisch und sozial sensibel zu gestalten (vergleiche unsere Forderung nach Energiekonzept und –Fahrplan der Stadt Schweinfurt).

Es ist zu achten auf:

- die Ausrichtung und Neigung der Hausdächer, damit der verstärkte Einsatz von Solaranlagen möglich wird.
- ausreichende Versickerungsflächen für Niederschläge, Förderung verbesserter Regenwasserbewirtschaftung (z.B. von Regenwasser-Zisternen)
- angemessene Versorgung mit öffentlichen Flächen (Spielplätze, Nachbarschaftstreffe etc.)
- gute Anbindung an ÖPNV und Radwegenetz
- ausreichende, dezentrale Versorgung mit Dingen des täglichen Lebens.
- in der Nähe des Fernwärmenetzes sind Gebäude daran anzuschließen.

Teil 4: Verkehr

Um die Verkehrsprobleme ökologisch und ökonomisch sinnvoll zu lösen, müssen stark belastende Verkehre ersetzt und frei werdender Straßenraum neu genutzt werden. Generell sind ÖPNV und Fußgänger sowie Radfahrer zu fördern. Der KFZ-Verkehr sollte aber nicht unnötig behindert werden, stop-and-go-Verkehr ist auch nicht umweltfreundlich.

Wir fördern und fordern vorrangig eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und anderen Verkehrsunternehmen mit dem Ziel: Steigerung der ÖPNV-Nutzung von 6 auf 10% des Stadtverkehrs, ein Tarif - ein Fahrschein - ein Fahrplan für die Region mit einem Wabentarif für Unterfranken oder zumindest Mainfranken. Gleichzeitig sind die innerstädtisch günstigen Fahrtarife soweit möglich zu erhalten.

Klar definierte Linien in festen, gut merkbaren Taktintervallen sollen mit optimierten Anschlüssen bedient werden.

Anreize im Mobilitätsmanagement wären: Teilnahme beim City-Ticket von der Bahn, Verkauf des Bayertickets auch in den städtischen Bussen, Job-, Schüler-, Azubi- und Semester-Tickets (letztere ggf. in Kooperation mit Universität und FH Würzburg), Handy-Tickets, vermehrt Stellplätze im Bahnhofsbereich, Spät- und Nacht-Linien zu Discos und Jugendzentren, alternativ oder ergänzend Ausweitung des Sammeltaxi-

Rufsystems vom Kreis auf die Stadt, Einsatz ehrenamtlicher HelferInnen für SeniorInnen im Stadtbusverkehr (Vorbildprojekt: mobil plus, Landshut).

Wir setzen uns für die rasche Umsetzung des „Verkehrsentwicklungsplans Schweinfurt 2030“ ein, allerdings mit kleinen Modifikationen, die aus der Erfahrung der AnwohnerInnen resultieren. Eckpunkte der Verkehrsplanung sind für uns:

- Die regionalen Bahnverbindungen nach Würzburg, Bamberg, Bad Kissingen und Bad Neustadt sind mit dem Schweinfurter Stadtverkehr besser zu verbinden. Eine neue Haltestelle im Bereich Bergl / Schulzentrum wollen wir unterstützen. Barrierefreiheit sowie technische und optische Aufwertung des Schweinfurter Bahnhofs und des Bahnhofs-Vorplatzes sind weiter zu verfolgen.
- Die A 70 und Hahnenhügelbrücke sollen als Umgehungsstraße von Oberndorf genutzt werden. Die Würzburger Straße wird für den LKW-Verkehr über 7,5 t gesperrt. Die Hauptstraße in Oberndorf wird beruhigte Anliegerstraße, wobei die B 26 auf die A 70 bis Schonungen gelegt werden kann.
Wir sind grundsätzlich für Tempo 30 in allen Wohngebieten, allerdings mit Ausnahmen, wo sie sinnvoll sind.
Die Möglichkeiten, Car-sharing-Modelle in Stadt und Kreis Schweinfurt zu fördern, sollten gemeinsam mit dem Kreis geprüft werden (Vorbild: Ökobil Bamberg)
- weiterer Ausbau und Vernetzung der Radwege:
gesicherte Radverbindungen aus allen Stadtteilen zum westlichen Schulzentrum, bessere Markierung der Radwege vor allem in Kreuzungsbereichen
gesicherte durchgehende Radverbindungen zur Innenstadt und möglichst umwegfreie Radverbindungen durch die Innenstadt (gesichert auch in Gegenrichtung von Einbahnstraßen)
Um auf der Uferpromenade eine sichere Verbindung zum Unteren Wall herzustellen, soll der bereits geplante und kostengerechnete Steg, der den Fern-Radwanderweg entlang der Spinnmühle unter der Maxbrücke ungefährlich bis zur Mündung des Marienbaches führt, endlich gebaut werden.
Abschaltung unnötiger Fußgänger-/Radler-Bedarfschaltungen zugunsten fester Ampelschaltung an Kreuzungen (z.B. am Obertor)
mehr Radparkplätze in den Nebenstraßen der Fußgängerzonen
mehr Gepäckaufbewahrungsmöglichkeiten (z.B. am Markt).
Ein System von Mieträdern und Miet-E-Bikes sollte geprüft werden.
Wir sprechen uns für eine Fahrrad-Messe aus, da Schweinfurt (Stadt, Industrie und Handel) sich hier als Fahrradstadt profilieren kann.

Teil 5: Kulturpolitik ist Kommunalpolitik !

Kultur gibt Anstöße, unsere gesellschaftlichen Zustände kritisch zu überdenken.

Gerade in Schweinfurt hat sich durch die vorbildliche Arbeit von verschiedenen Initiativen und Vereinen ein breit gefächertes Kulturangebot entwickelt:

Beispielweise sind die "Disharmonie", der Kulturpakt, der Stadtbahnhof, der Rockverband e.V. und das Jugendhaus Franz-Schubert-Straße als Jugendkultur-zentren weiterhin zu unterstützen.

Die Musikschule Schweinfurt bereichert das kulturelle Leben der Stadt außerordentlich.

Die gute Arbeit der letzten Jahre, die sowohl die städtischen Sammlungen als auch das Theater geleistet haben, muss auch für die Zukunft gesichert werden.

Die Volkshochschule Schweinfurt hat im Vergleich mit denen anderer Kommunen ein sehr hohes Niveau erreicht. Durch verstärkte Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis muss dieses Niveau erhalten bleiben.

Die Kulturtafel sorgt ehrenamtlich dafür, dass freibleibende Plätze bei kulturellen Ereignissen an nachweislich sozial bedürftige Personen vergeben werden können; wir halten dies für sinnvoll.

Teil 6: Jugend- und Schulpolitik

Die Kinder- und Jugendbetreuung in der Stadt (z.B. Spielbus Max, Stadtranderholung...) muss auf dem derzeitigen hohen Standard erhalten bleiben. Zusätzlich soll ein/e Kinder- und Jugendbeauftragte/r im Stadtrat benannt werden, um die Kommunikation mit den Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

An der Schulausbildung darf in keinem Fall gespart werden. Wenn auch die wichtigsten Entscheidungen auf Landesebene getroffen werden, haben auch die Kommunen Möglichkeiten, an unseren Schulen demokratisches, ökologisches und soziales Denken zu unterstützen. Dazu müssten folgende Schritte eingeleitet werden:

Förderung demokratischen Denkens durch

- Antrags- und Rederecht beim Stadtrat für ein einzurichtendes Jugendparlament (Vorbild: z.B. Erlanger Jugendparlament)
- Mitwirkung der SchülerInnen bei Gestaltung und Verschönerung des Lebensraumes Schule und Ganztagsangeboten

Das ökologische Verantwortungsbewusstsein soll durch entsprechende Arbeitskreise (z.B. AK Solarenergie, Fahrradtechnik, Tauschbörsen etc.) gestärkt werden.

Ganztagschulen sollen zügig überall geschaffen werden. Die Einbeziehung von Musikschule, Musik- und Sportvereinen in die Gestaltung des schulischen Nachmittags-Angebots soll gefördert werden, z.B. im Sinne des Projekts „JeKel“: jedem Kind ein Instrument. In Innenstadtnähe ist ein Ballspielplatz sinnvoll (z.B. Motherwell-Park), ebenso ein Aufenthalts- und Versammlungsort für Jugendliche, ggf. in Begleitung von StreetworkerInnen.

Teil 7: Finanzen

Die Finanz- und Haushaltspolitik hat eine zentrale Bedeutung in der Kommunalpolitik. Mittel sollen sparsam eingesetzt werden.

Vorrangig sind Investitionen für die Konversion zu sichern. Wir wollen die SWG nicht überlasten und sehen, wenn überhaupt, nur einen begrenzten Ankauf von Wohnungen durch die SWG für sinnvoll an.

Um sparsam zu wirtschaften, wollen wir uns auf wesentliche Ziele und Aufgaben beschränken, die im Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Stadtrat und Verwaltung bestimmt werden.

Vereine, Verbände, Initiativen im Bereich Kultur und Sport sollten vorrangig private Finanzierungsmöglichkeiten (Sponsoring durch Unternehmen für Sport- und Kulturveranstaltungen) in Anspruch nehmen. Unterstützung durch die Stadt erfolgt für förderungswürdige Bereiche, für die keine oder nur geringe Bereitschaft zur privaten Unterstützung vorhanden ist.

Gebühren und Beiträge im Bereich Ver- und Entsorgung (Müll, Wasser, Abwasser, Energie usw.) sollen grundsätzlich kostendeckend und verursachergerecht sein. Ausnahmen können aus sozialen Gründen gerechtfertigt sein (z.B. kinderreiche Familien).

Die Gemeinden sollen sich beim Freistaat stark machen, ihre Gelder für Stellplatzabläsungen auch für Betriebskosten im ÖPNV einsetzen zu dürfen.

Die Stadt Schweinfurt mit ihren Töchtern sollte auf ein nachhaltiges Beschaffungswesen achten, z.B. als fair-trade-Stadt (Vorbild: Marktgemeinde Werneck).

Teil 8: Verwaltung

Sparen bedeutet vor allem, die Ressourcen besser zu nutzen, d.h. durch effizienteres Wirtschaften mehr Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger entstehen zu lassen.

Die Bürokratie soll vermindert werden. Dazu bedarf es einer eigenverantwortlicheren Verwaltung mit stärker nach unten delegierter Entscheidungsbefugnis. Dies fördert Leistungsbereitschaft und besondere Ideen.

In Teilbereichen ist es sinnvoll, die Budgetierung der Haushaltsmittel zu prüfen und/oder in z.B. Eigenbetriebe umzuwandeln. Die Entscheidung über eine Umwandlung kommunaler Leistungen muss im konkreten Einzelfall getroffen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Verantwortlichkeit gegenüber den BürgerInnen nicht zwischen den ausgegliederten Einzelbetrieben zerrieben wird. Schäden, die ein Einzelbetrieb verursacht, dürfen nicht ins Kosten-Budget des reparierenden ausgegliederten Einzelbetriebs gerechnet werden.

Größtmögliche Transparenz des öffentlichen Verwaltungshandelns sollte angestrebt werden, indem alle nicht unter Datenschutz stehenden Informationen und Kostenstrukturen an definierter Stelle ins Netz gestellt werden.

Teil 9: Frauen, Kinder, Ältere, Menschen mit Behinderung

Wir fordern verbindliche Frauenförderpläne in der kommunalen Verwaltung und in den Betrieben sowie mehr Teilzeitarbeitsplätze und Job-Sharing-Angebote für Frauen und Männer auch in Führungspositionen.

Im GRIBS sollten Unternehmerinnen gezielt gefördert und verstärkt Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Umschulungen für Frauen, besonders während und nach der Familienphase angeboten werden.

Gewalt gegen Frauen kommt auch heutzutage hierzulande viel zu häufig vor.

Wir treten ein für

- ein finanziell gesichertes und personell gut besetztes Schweinfurter Frauenhaus. Die Finanzierung muss als Pflichtaufgabe der Stadt und der Landkreise angesehen werden.
- die finanzielle Sicherung der Anlaufstelle „Sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen“ mit einer Vollzeitstelle.
- eine bevorzugte kommunale Wohnungsvergabe an von Gewalt bedrohte Frauen.
- kostenlose Angebote von Selbstverteidigungskursen in den Schulen.
- den Abbau von Angstzonen in der Stadt, indem bewachte Frauenparkplätze, beleuchtete Fußwege geschaffen und Polizeistreifen auf gefährdeten Fuß- und Radwegen eingesetzt werden.

Kinderbetreuung ist eine wichtige öffentliche Aufgabe und muss entsprechend finanziert werden.

Das Angebot von Plätzen in den Kindergärten muss der Nachfrage angepasst werden. Für Kita- und Hortplätze hat die Stadt den Bedarf laufend zu prüfen und gegebenenfalls, zusammen mit den freien und privaten Trägern sowie ansässigen Unternehmen das nötige Angebot zu schaffen.

In Schweinfurt sollte eine Kooperation der drei Großbetriebe bei der Kinderbetreuung (FAG, Sachs, SKF) gefördert werden. Die Öffnungszeiten der Einrichtungen sollten den Arbeitszeiten der arbeitenden Eltern angepasst sein.

Wir möchten, dass ältere Menschen im größtmöglichen Umfang ihre Eigenständigkeit bewahren und nach ihren Vorstellungen in das Gemeinschaftsleben eingebunden werden. Laut Arbeitsgruppe „Selbstorganisiertes Wohnen im Alter“ der Agenda 21 soll die Stadt u.a. Alten-WGs stärker über die Hospitalstiftung unterstützen.

In der Stadt fördern wir weiterhin die Arbeit des Seniorenbeirates, der Volkshochschule und anderer Senioreninitiativen. Wir unterstützen die Betreuung älterer Menschen durch freie Träger. Mit ihnen zusammen ist ein vorausschauender Bedarfsentwicklungsplan durch die Stadt aufzustellen.

Behinderte Menschen werden in unserer Gesellschaft immer noch ausgegrenzt und in ihren Lebensmöglichkeiten beschnitten. Wir wollen daher behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene besser integrieren.

Überall, wo es sinnvoll möglich ist, sollen durch mehr gemeinsame Erziehung in Kindertagesstätten und Klassen der Regelschulen behinderte und nichtbehinderte Kinder einander vertrauter werden. Die Kommunen haben die baulichen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen (behindertengerechtes Gebäude, Fahrdienst) und für ausreichendes Fachpersonal zu sorgen.

Sondereinrichtungen werden weiterhin notwendig sein, denn nicht alle behinderten Kinder und Jugendliche können integriert werden.

Teil 10: Gesundheit

Wir schlagen die Nutzung des bisherigen amerikanischen Krankenhauses im Rahmen der Konversion für den Aufbau einer gerontopsychiatrischen Tagesklinik für

Schweinfurt vor, evtl. mit den zusätzlichen Ausbaustufen geriatrisches Tageszentrum und spezielles Fitnessstudio für Geriatriepatienten.

Wir sind für den weiteren Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik am Leopoldina-Krankenhaus, um die Wartezeiten bis zu einer Aufnahme weiter zu reduzieren.

Darüber hinaus wollen wir, dass die Kinder- und Jugend-psychiatrische Klinik Schweinfurt längerfristig räumlich und personell so ausgestattet wird, dass minderjährige PatientInnen aus Schweinfurt und Umgebung mit akuter Selbst- und Fremdgefährdung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie direkt behandelt werden können und nicht mehr in der Erwachsenen-Psychiatrie in Werneck. Eine Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in der Erwachsenenpsychiatrie erscheint kinder- und jugendpsychiatrisch nicht förderlich für die Gesundung. Sie brauchen ein altersspezifisches Milieu, um positive Erfahrungen im psychiatrischen Bereich machen und gesunden zu können.

Teil 11: Ausländische MitbürgerInnen, SpätaussiedlerInnen, Flüchtlinge und AsylbewerberInnen

Schweinfurt hat viele Neubürger, die zu integrieren sind. Integration bedeutet für uns, mit Rechten und Pflichten dabei zu sein, mitten in der Gesellschaft, im Berufs- und Schulalltag, in Vereinen und in der Kommunalpolitik.

MigrantInnen und AsylbewerberInnen sollen so früh wie möglich:

- deutsche Sprachkenntnisse vermittelt bekommen
- sozialpädagogische Hilfeleistungen erhalten und über ihre Pflichten und Rechte informiert werden. Die bestehenden Hilfen sind weiter zu erhalten und unterstützen (z.B. das Interkulturelle Begegnungszentrum für Frauen).
- dezentral untergebracht werden

Wir unterstützen den Integrationsbeirat und das Projekt „Gern daheim in Schweinfurt“, die die Integration in Schweinfurt aktiv fördern. Die Bürger der Stadt sollten die Neubürger als NachbarInnen und Vereinsmitglieder annehmen und ihnen Verständnis entgegen bringen. Die städtischen Einrichtungen sollten diese Bemühungen fördern und unterstützen.